

CONTENTS

- I) Introduction**
- II) Policy of Decision Making**
- III) Central Issues of the present discussion in youth politics**
 - **Right – wing Movement of young people**
 - **Migration**
- IV) Open Youth Work and the socially excluded**
 - **Open Youth Work and Mobile Youth Work**
 - **Models of Participation in the Mobile Youth Work**
 - **Cognitions and Perspectives**

*Politik wird von vielen alten Männern
und wenigen alten Frauen gemacht
(Jasmin, 15 Jahre)*

I) Introduction

Wo bleiben Jugendliche in der bundesdeutschen Gesellschaft, wenn es um ihre Interessen geht? Wo bleiben Jugendliche in dieser Gesellschaft wenn es um Zukunftsentscheidungen geht? Wo ist ihre Stimme, wenn es um aktuelle politische Entscheidungen geht?

Um diese Fragen näher zu beleuchten, soll zu Beginn der Bezugsrahmen deutlich gemacht werden, in dem sich gesellschaftliche Partizipation von Jugendlichen in Deutschland bewegt. Anschließend wird die besondere Situation in Berlin analysiert, um im Anschluss daran das System der Jugendhilfe zu charakterisieren. Insbesondere richtet sich unser Augenmerk dort auf die Möglichkeiten, wie Jugendliche mitbestimmen und mitentscheiden können. Zwei für die aktuelle gesellschaftliche und damit auch jugendarbeiterische Debatte relevante Thematiken werden im Anschluss daran beschrieben. Dies mit dem Ziel, abschließend diese Themen in den Kontext von auf Partizipation ausgerichteten Modellen zu stellen.

Gesellschaftspolitischer Bezugsrahmen

Die Entwicklung des deutschen politischen und gesellschaftlichen Systems kann nicht unabhängig von der historischen Entwicklung im letzten Jahrhundert betrachtet werden. Die Lehren, die aus der Erfahrungen des deutschen Faschismus gezogen wurden, haben dazu beigetragen, dass es keine zentralisierte staatliche Gewaltausübung mehr gibt und stattdessen eine Gewaltenteilung und ein föderativ aufgebauten Staatswesen entwickelt wurde. Dies bedeutet, dass die einzelnen staatlichen Gliederungen (nationale, regionale und kommunale Ebene) bestimmte Rechte und Pflichten besitzen, die sich voneinander unterscheiden. Das bedeutet aber auch, dass die verschiedenen Ebenen sowohl zur Kooperation und Abstimmung als auch zur Arbeitsteilung verpflichtet sind.

Young People's Participation in Public Decision Making in Selected Countries Abroad „Mobile Youth Work“, Berlin, Germany

Die Bundesrepublik Deutschland versteht sich als eine pluralistische Demokratie mit einem Mehrparteiensystem. Der Pluralismus betont dabei die prinzipielle Notwendigkeit der Existenz unterschiedlicher Meinung und Institutionen.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt bei der Charakterisierung der gegenwärtigen bundesrepublikanischen Gesellschaft liegt in der Erfahrung von vierzig Jahre andauernder Zweistaatlichkeit begründet. Diese war verbunden mit der Entwicklung von zwei sich diametral gegenüberstehenden Gesellschaftssystemen, welche wiederum eingebunden waren in eine bipolare Weltlage. Aus dem nun seit mehr als zehn Jahren andauernden Wiedervereinigungsprozess fließen neue Erfahrungen in den Aufbau von gesellschaftlichen und politischen Strukturen ein.

Der föderative Aufbau des Staatswesens hat zur Folge, dass die einzelnen Länder und Kommunen in hohem Maße für die Umsetzung vieler Politikbereiche verantwortlich sind. Das hat zu sehr vielfältig und unterschiedlichen Ausprägung von Konzepten und Ansätzen in den verschiedenen Feldern von Erziehung und Bildung geführt. Dies gilt auch und insbesondere für Konzepte aus dem Bereich der Jugendarbeit.

Trotz aller Vielfältigkeit in der jeweiligen Ausprägung, gibt es „Grundregeln“, die für das ganze Land verbindlich sind. Insbesondere ist es das Grundgesetz, das als ein für alle verbindlicher Werte- und Normenkatalog betrachtet werden kann.

Bezogen auf den Bereich der Kinder und Jugendarbeit ist in erster Linie das KJHG zu nennen, welches als Bundesgesetz den rechtlichen Rahmen für alle Jugendhilfe- und Jugendfördermaßnahmen absteckt.

Darüber hinaus ist auf die Gültigkeit des Subsidiaritätsprinzips hinzuweisen, das das Verhältnis von öffentlicher Hand und privater Initiative (Trägern) regelt. Im Einzelnen wird darin die Vorrangigkeit und Verantwortlichkeit von Individuen und freien Trägern bei der Bewältigung notwendiger gesellschaftlicher bzw. sozialer Aufgaben festgeschrieben.

Bezugsrahmen Jugendarbeit

Wenn als ein Bezugsrahmen der Bereich der Jugendarbeit gewählt wird, dann ist es unerlässlich zuvor eine präzise Definition von Jugend zu geben. Als Jugendliche im Sinne des Gesetzes gelten Menschen, die 14 aber noch nicht 18 Jahre alt sind. Als junge Volljährige, wer 18 aber noch nicht 27 Jahre alt ist. Diese beträchtliche Altersspanne trägt der gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung, die die sozioökonomische Verselbständigung auf immer spätere Lebensjahre ausdehnt.

Bei der Betrachtung des Systems der Jugendarbeit kann man folgende Unterscheidungen treffen:

Das System der Jugendhilfe in Deutschland besteht aus zwei tragenden Elementen.

- a) die Elemente, die die jugendfördernden Aspekte der Jugendarbeit betonen und
- b) die Elemente, die die fürsorglichen und therapeutischen Gesichtspunkte betonen. Sie enthalten auch eine Reihe von Rechtsansprüchen, die Jugendliche und deren Familien gegenüber dem Gesetzgeber geltend machen können.

Beide Elemente sind in einem einheitlichen Jugendamt organisatorisch zusammengefasst.

Young People's Participation in Public Decision Making in Selected Countries Abroad „Mobile Youth Work“, Berlin, Germany

Bei diesem Amt liegt auch die Gesamtplanungsverantwortung für ein funktionierendes Angebot der Jugendhilfe in den Ländern und den Kommunen.

Die für unseren Zusammenhang wichtigsten Unterscheidungen sind:

1) Jugendarbeit mit den Schwerpunkten:

- außerschulische Jugendbildung mit allgemeiner, politischer, sozialer, gesundheitlicher, kultureller, naturkundlicher und technischer Bildung,
- Jugendarbeit in Sport, Spiel und Geselligkeit,
- arbeitswelt-, schul- und familienbezogene Jugendarbeit
- internationale Jugendarbeit,
- Kinder- und Jugenderholung
- Jugendberatung

2) Jugendsozialarbeit mit den Schwerpunkten:

- Maßnahmen zur Überwindung individuelle Beeinträchtigungen und zur sozialen Integration sowie
- Maßnahmen zur Förderung der berufliche Integration

3) Förderung der Erziehung in der Familie mit den Schwerpunkten:

- Beratung
- Hilfen zur Erziehung wie Tagesbetreuung, soziale Gruppenarbeit, sozialpädagogische Familienhilfe und Fremdunterbringung¹

Die Planungshoheit liegt zwar im Bereich der kommunalen Jugendverwaltung. Die Ausführung der einzelnen Angebote kann aber durchaus von den unterschiedlichsten Trägern oder von der Kommune selbst übernommen werden. Hier gilt das Prinzip der Subsidiarität. Dadurch hat sich eine breite und vielfältige freie Trägerlandschaft herausgebildet, die einen Großteil der Jugendhilfeaufgaben in Deutschland wahrnimmt. Dies gilt insbesondere für Berlin.

Bezugsrahmen Berlin

In unserer Darstellung werden wir uns vorwiegend auf die Stadt Berlin beschränken, da wir hier exemplarisch bestimmte Entwicklungstendenzen in der deutschen Gesellschaft glauben beschreiben zu können.

Berlin ist die größte Stadt Deutschlands mit einer Gesamtbevölkerung von 3,38 Mill. Einwohnern. Der Anteil der Jugendlichen im Alter von 14 bis 21 Jahren beträgt knapp 260.000 Menschen. Charakteristisch ist ein kontinuierlicher Abwanderungsprozess, der zu einer zunehmenden Schrumpfung der Bevölkerungszahlen in der Stadt führt.²

Berlin kann traditionell eine Einwandererstadt und als multikulturell bezeichnet werden.

Hier leben Menschen aus 183 Ländern. Die größte Einwanderergruppe stellen die Menschen aus der Türkei dar (s.u.).

Die Stadt war und ist extremen Veränderungsprozessen ausgesetzt. Einer der gravierendste war dabei sicherlich die Teilung (Mauerbau) und die Wiedervereinigung seit Anfang der neunziger Jahre.

Aktuell ist eines der Hauptprobleme der Stadt der Strukturwandel im wirtschaftlichen und damit auch im sozialen Bereich. In Westberlin wurden zwischen 1989 und 1997 30% der industriellen Arbeitsplätze abgebaut, in Ostberlin wurde im gleichen Zeitraum fast 100%

Young People's Participation in Public Decision Making in Selected Countries Abroad „Mobile Youth Work“, Berlin, Germany

dieser Arbeitsplätze vernichtet. Diese Entwicklung hat zu einer Explosion der Arbeitslosigkeit in beiden Stadthälften geführt. Momentan liegt sie bei knapp 18%.³

Die Stadt ist in zwölf Bezirke gegliedert, die alle eine ähnliche Größe aufweisen (ca. 300.000 Menschen). In jedem dieser Bezirke gibt es eine Jugendverwaltung, die weitestgehend für die Jugendarbeit in ihrem Bereich verantwortlich zeichnet. Darüber hinaus trägt das Landesjugendamt die Gesamtverantwortung für die Jugendhilfe für Berlin als Ganzes.

II) Policy of Decision Making

In jüngster Zeit ist auch im politischen Raum ein stärkeres Bewusstsein dafür entstanden, dass Kinder und Jugendliche eigenständige Personen mit Selbstbestimmungsrechten und ernst zunehmenden Meinungen sind, die Vorstellungen für die Gestaltung ihrer Lebensräume, für das Zusammenleben mit anderen und die Organisation ihres Alltags haben. Wesentliche Anstöße für diese Entwicklung haben sicherlich die neuen sozialen Bewegungen gegeben, die seit den siebziger Jahren im Westen Deutschlands sich gegen Bevormundung und Paternalismus zur Wehr gesetzt haben und dabei eine Vielzahl eigener Projekte ins Leben gerufen haben. Diese Projekte waren auch im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit angesiedelt oder strahlten zumindest auf diesen Bereich aus. Impulse kamen aber auch sicher durch die friedliche Revolution in der DDR, in deren Verlauf viele Menschen ihr Recht auf Selbstbestimmung eingefordert und umgesetzt haben.

Schließlich sind auch die neueren gesetzlichen Regelungen zu beachten, die die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen einfordern. Bedeutsam sind hier vor allem das Kinder und Jugendhilfegesetz (KJHG), und die UN-Kinderrechtskonvention sowie weiterführende Regelungen und Initiativen auf europäischer Ebene (Europäische Charta der Rechte der Kinder). Im gesetzlichen Bereich, konkret im Bereich des KJHG, finden sich verschiedene Regelungen aus denen sich „Beteiligungsverpflichtungen“ herleiten lassen. Zu nennen wären etwa

- das ausdrückliche Wunsch- und Wahlrecht der Leistungsberechtigten - einschließlich der Kinder - (§5),
- die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (§8),
- die Mitbestimmung und Mitgestaltung in der Kinder- und Jugendarbeit (§11 Abs.1 Satz 2) und
- die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen am Hilfeplan (§36, Abs.1).⁴

In der UN-Kinderrechtskonvention „sichern die Vertragsstaaten dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.“⁵

All die gesetzlichen Regelungen bleiben aber abstrakt und in ihren konkreten Ausformulierungen allgemein. Sie bieten keine Modelle an, wie sich Partizipation und Mitbestimmung konkret zu vollziehen habe und welche Vertretungskörperschaften etwa für Jugendliche entwickelt werden sollen.

Allerdings sind entsprechend den Impulen aus den Gesetzen in den letzten Jahren insbesondere auf der kommunalen Ebene verstärkte Bemühungen zu erkennen, Kindern und

Young People's Participation in Public Decision Making in Selected Countries Abroad „Mobile Youth Work“, Berlin, Germany

Jugendlichen Möglichkeiten zur Interessenartikulation und teilweise auch zur direkten Beteiligung an Planungsprozessen anzubieten.

Die Einrichtung von Kinder- und Jugendparlamenten, Jugendforen, Projekten wie Stadtteil-erkundungen und Zukunftswerkstätten zu Themen wie Spielplatz- und Schulhofgestaltung zeugen von dieser Entwicklung. Nach einer repräsentativen Untersuchung des Deutschen Jugendinstitutes gibt es in über einem Drittel (38%) der Kommunen der Bundesrepublik Beteiligungsangebote für Kinder und Jugendliche. Dabei gilt: je größer die Städte, desto ausgeprägter das Bemühen Beteiligungsformen zu initiieren. In jeder fünften Kommune mit Beteiligungsangeboten gibt es repräsentative Beteiligungsgremien, wie z.B. Kinder- und Jugendparlamente. Weit verbreiteter sind aber offenere Formen der Beteiligung wie projektorientierte Angebote.

Jugendverbände

Die Jugendverbände haben sich zu Landesjugendringen in den einzelnen Bundesländern zusammengeschlossen, die wiederum gemeinsam den Bundesjugendring bilden. Der Bundesjugendring hat sich zum Ziel gesetzt auf die Entwicklung der Jugendgesetzgebung Einfluß zu nehmen und zu aktuellen jugendpolitischen Fragen Stellung zu beziehen. Er hat sich die Aufgabe gestellt die Interessen der Jugend gegenüber Parlament und Regierung zu vertreten. Im Bereich der Verbände und freien Träger gibt es strukturell schon länger Bestrebungen Selbstbestimmung und Partizipation als integralen Bestandteil den eigenen Konzeptionen zu verankern. Diese Verbände stoßen allerdings immer wieder auf das Problem, dass die staatliche Förderungspolitik (entgegen eigener verbaler Bekundung) eher Zentralisierung und klare Organisationsstrukturen belohnt, als das Bemühen den Interessen von Kindern und Jugendlichen Raum zu geben. Dementsprechend fällt es diesen Trägern häufig schwer Lebens- und Arbeitsformen zu finden die Kinder und Jugendliche überzeugen. Folglich sinkt die Bedeutung der Jugendverbände sowohl auf Landes- aber auch auf Bundesebene seit über zwanzig Jahren kontinuierlich. Dieses drückt sich sowohl in schrumpfenden Mitgliederzahlen als auch in schwindendem politischen Einfluß aus. Als eine zentrale Vertretung der Interessen von Kindern und Jugendlichen können sie nicht angesehen werden. Sie gibt es in Deutschland nicht.

Zusammenfassend kann man davon ausgehen, dass in den letzten Jahren sowohl im kommunalen, als auch im freien Bereich der Jugendhilfe zunehmend Anstrengungen unternommen wurden den Gedanken der Partizipation aufzunehmen und in praktisches Handeln umzusetzen.

Trotz dieser positiven Entwicklung können wir feststellen, dass die Ansätze, die auf Partizipation und Selbstorganisation ausgerichtet noch immer von nur wenigen Kindern und Jugendlichen wahrgenommen werden, da sie häufig formal organisiert sind und ihnen fremd bleiben. Sie haben ein sehr feines Gespür dafür, ob tatsächlich ernst genommen werden, oder ob sie als Alibi missbraucht werden. Grundsätzlich scheint es nach wie vor einen Mangel an Vertrauen in die Entscheidungsfähigkeit von Kindern und Jugendlichen gibt.

Wir können trotz aller Versuche, Beteiligungskonzepte zu institutionalisieren, erkennen, dass die Entfremdung von Jugendlichen gegenüber erlebter Politikpraxis immer mehr zunimmt. Das Zur-Verfügung-Stellen von formalen Partizipationsstrukturen allein reicht bei weitem nicht aus. Auch Jugendpolitik muss sich in Deutschland neu verorten, wenn sie denn wirklich

Young People's Participation in Public Decision Making in Selected Countries Abroad „Mobile Youth Work“, Berlin, Germany

an der Beteiligung junger Menschen interessiert ist. Der Ansatz der mobilen Jugendarbeit kann dabei durch einen vollzogenen Platzwechsel (raus aus den Jugendeinrichtungen rein in den Sozialraum) Vorbildfunktion übernehmen.⁶

Nach der Darstellung zweier gesellschaftspolitisch relevanter Themen, wird im weiteren ein erfolgreich praktizierter Ansatz mobiler und sozialräumlicher Jugendarbeit vorgestellt (best practice), von dem wir glauben, dass er hilft, wirkliche Beteiligung zu befördern.

III) Central Issues of the present discussion in youth politics

Right-wing Movement of young people

Ein zentrales Thema, an dem in Deutschland momentan niemand vorbeikommt, ist die zunehmende Rechtsorientierung bei einem nicht geringen Teil der jugendlichen Bevölkerung, die in vielen Fällen durch extremistisches Verhalten zu Tage tritt. Aufgeschreckt durch Hetzjagden auf ausländische Mitbürger, durch Anschläge auf Asyl - und Aussiedlerwohnheime, durch Schändung jüdischer Grabmale und Synagogen und durch den Protest gegen staatlich zugelassene Aufmärsche rechter Parteien und Gruppierungen während der letzten Jahre, sehen sich die Politiker gezwungen, zu reagieren und sich dieser Problematik verstärkt zuzuwenden.

Dabei haben Fremdenfeindlichkeit und Rassismus verschiedene Facetten und treten nicht nur am rechten Rand der Gesellschaft auf, sondern reichen bis in die gesellschaftliche Mitte und bedeuten so eine Gefahr für die Demokratie.

Nach einer Untersuchung von Silbermann und Hüser zeigt „jeder siebte Deutsche ... eine ausgeprägte fremdenfeindliche Haltung. Weitere 35 % sind ‚etwas‘ fremdenfeindlich eingestellt.“⁷

Differenzierter erscheint das Bild, zieht man die Untersuchungen von Stöss zum rechtsextremen Einstellungspotential heran. Bundesweit neigen überdurchschnittlich ältere Menschen zu rechtsextremen Einstellungen, während dies in Ostdeutschland eher die jüngeren Altersgruppen betrifft.

Der Anteil des rechtsextremistischen Einstellungspotentials an den Altersgruppen in der Bundesrepublik sowie in West – und Ostdeutschland im Vergleich zur Bevölkerung insgesamt, Mai, Juni 1998 (%)

Altersgruppen	Insgesamt	West	Ost
14 – 17 Jahre	8	5	17
18 – 22 Jahre	8	6	15
25 – 34 Jahre	10	8	20
35 – 44 Jahre	9	7	15
45 – 54 Jahre	14	14	14
55 – 64 Jahre	15	15	17
65 – 74 Jahre	21	20	25
75 und älter	22	23	16
Insgesamt	13	12	17

Quelle : Stöss, Rechtsextremismus, S. 35, aus Xenos, Januar 2001

Erklärungsversuche für diese Entwicklung gibt es vielfältige. Die im folgenden aufgeführten Ansätze liefern keineswegs eine umfassende Erörterung der Ursachen fremdenfeindlicher Einstellungen, deuten aber auf gesellschaftliche Zusammenhänge hin, die auch in der Jugendsozialarbeit beachtet werden müssen.

Die *Desintegrationstheorie* geht davon aus, dass die Ursachen in einem gesamtgesellschaftlichen Auflösungsprozess und dessen Folgen wie Individualisierung, Konkurrenzdenken und Geldorientierung zu sehen sind.

In den *Kommunikationstheorien* wird die These vertreten, dass soziale Probleme erst als solche wahrgenommen werden, wenn sie Teil des Bewusstseins von Gruppen oder Gesellschaften geworden sind. Hier geht es u.a. um die Wirkung von Medien und insbesondere um die Frage, ob die Medien Gewalt als Antwort auf soziale Problemlagen auslösen oder vermeiden können oder ob sie in ihrer Wirkung völlig neutral sind.

Grundlagen der *Modernisierungstheorien* als Erklärungsansatz für Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus bilden die Individualisierungstheorie und die These, dass die Auflösung traditioneller sozio - kultureller Milieus auch zur Auflösung sinnstiftender Milieus führt. Danach wird z.B. die nach dem Zusammenbruch der DDR aufgetretene Orientierungs- und Perspektivlosigkeit vieler, und vor allem auch junger Menschen als ursächlich für das Entstehen von Fremdenfeindlichkeit angesehen.

Andere Erklärungsansätze basieren auf den Ergebnissen der *Vorurteils- und Autoritarismusforschung*.

Hier ist Fremdenfeindlichkeit unter anderem gekoppelt mit autoritären Denk – und Verhaltensmustern sowie mangelnden Erfahrungen mit demokratischen Institutionen und Verhaltensweisen. So gehen Experten davon aus, dass die zunehmende Jugendgewalt in den neuen Bundesländern häufig auch Ausdruck einer klaren Abgrenzung von der demokratischen Kultur Deutschlands ist, die als aus dem Westen aufgezwungen und damit als fremdbestimmt empfunden wird.⁸

Nun ist der Ruf nach möglichen „Antigewalt – Konzepten“ groß und erreicht inzwischen nicht nur die Jugendarbeit sondern ebenso das Bildungswesen und die Industrie, wobei die sozialpädagogische Arbeit mit Jugendlichen eingebettet ist in einen Handlungsrahmen, der geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in den Bereichen Arbeitsplatz, Familie, Stadtplanung, Polizei und Justiz sowie politische Bildung einschließt.⁹

In der Jugendarbeit hat sich die Forderung, sich den meist jüngeren Anhängern faschistischen Gedankengutes zuzuwenden, inhaltlich gewandelt. Ging es anfangs darum, auffällige, in der Öffentlichkeit randalierende Horden Jugendlicher ruhig zu stellen, so differenziert sich heute die Aufgabenstellung. Neben dem Aufweichen rechts orientierter Ideologien und der Unterstützung, sein Leben wieder in den Griff zu bekommen durch Ausbildungs – bzw. Arbeitsplatzvermittlung sowie in nicht wenigen Fällen durch Suchttherapie bezüglich erhöhten Alkoholkonsums, wird heute der präventiven Jugendarbeit mit diesem Klientel immer größerer Stellenwert eingeräumt.

Unterschiedlich sind unter den JugendsozialarbeiterInnen die Auffassungen sowohl über den prinzipiellen Sinn und Zweck pädagogischer Arbeit als auch über konkrete Arbeitsansätze mit rechtsorientierten bzw. rechtsextremistischen Jugendlichen. Einig ist man dagegen in der Ansicht, dass diese Jugendlichen nicht generell auszugrenzen sind.

Young People's Participation in Public Decision Making in Selected Countries Abroad „Mobile Youth Work“, Berlin, Germany

Aus Bremen kommt der seit den 80er Jahren praktizierte Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit. Als Grundlagen werden hier benannt :

1. Die Jugendlichen dort abholen, wo sie zum Zeitpunkt stehen,
2. Die Probleme in den Mittelpunkt stellen, die die Jugendlichen haben, nicht die, welche sie machen,
3. Jugendliche sehen einen Sinn darin, was sie denken und tun – Ziel ist es, ihnen einen Sinn zu geben, sich zu ändern.

Akzeptanz heißt nicht, die politische Haltung zu akzeptieren, sondern versteht sich als Ansatz zur Auseinandersetzung, zu der der Jugendarbeiter auch befähigt sein muß. Wo kein aktiver Umgang mit den Widersprüchen erfolgt, liegt die Gefahr einer „Kumpelpädagogik“ nahe, und es kommt schnell zur Unterwanderung der Jugendarbeit für rechtsextreme Interessen. Manche Projekte, auch in Berlin, mit diesem Ansatz waren und sind nicht unumstritten, bieten sie bei nicht konsequenter Einforderung der Auseinandersetzung mit dem Denken und Handeln des Klientel durch die Jugendarbeiter die Möglichkeit für rechte Jugendliche, sich organisiert zu treffen, Absprachen zu tätigen, ihre Musik zu hören und Jüngeren die Ideologie nahe zu bringen.

Eine klare Grenzziehung gibt es bei organisierten, in zunehmendem Umfang auch gut geschulten, Rechten. Hier bringt sozialpädagogische Arbeit gar nichts.

„Eine wichtige Einsicht für Pädagogen könnte sein, daß auch die Arbeit mit Tätern präventiver Opferschutz ist, daß die Beschäftigung mit Rassisten und Neonazis nicht bedeuten muß, daß man die Täter mithilfe sozialwissenschaftlicher Erklärungsmuster zu Opfern umdefiniert, sondern daß der Gedanke des Schutzes von benachteiligten Minderheiten auch Grundlage für Arbeit mit rechten und gewaltbereiten Jugendlichen sein kann.“¹⁰

Vor diesem Hintergrund wird in jüngster Vergangenheit, zunehmend auch seitens der Politik, die Forderung nach stärkerer Unterstützung solcher Projekte in der Jugendarbeit lauter, die geeignet sind, Jugendlichen Perspektiven zu vermitteln, sie aktiv zu beteiligen, zur kritischen Auseinandersetzung und sozialem Verhalten sowie humanistischem Denken anregen. Hier geht es nicht zuletzt im Sinne eines präventiven Ansatzes um die Mobilisierung von Selbsthilfepotentialen, um das Erkennen eigener Fähigkeiten, um eine persönlichkeitsfördernde und nicht persönlichkeitszerstörende Perspektive für junge Menschen.

Mit dem geschaffenen Potential ist es möglich, auch gewaltbereite und rechtsorientierte Jugendliche mit einem noch nicht gefestigten ideologischen neofaschistischen Weltbild schrittweise zu integrieren, sie in andere Verhaltens – und Denkmuster zu bringen, so daß sie befähigt werden, ihr Handeln und die Ursachen dafür kritisch zu reflektieren.

Migration

Migration ist ein weiteres zentrale Thema in der gesellschaftspolitischen Debatte in Deutschland. Gerade in den großen Städten und somit auch in Berlin, gibt es seit vierzig Jahren Einwanderung, ohne, dass dies von der Politik in angemessener Art und Weise zur Kenntnis genommen wurde. Im Gegenteil: Über Jahrzehnte wurde die Tatsache negiert, das Deutschland faktisch zu einem Einwanderungsland geworden ist. Zur Zeit leben in Deutschland etwa sieben bis acht Millionen Einwanderer. Erst in jüngster Zeit gibt es eine leidenschaftliche und intensive gesellschaftliche Debatte über diese Frage. Die politische Diskussion dreht sich dabei besonders um die Frage, wie eine Einwanderung in der Zukunft inhaltlich gesteuert werden soll.

Am Beispiel Berlins soll der die aktuelle Situation illustriert werden.

Zuwanderung nach Berlin

Die Zuwanderung nach Westberlin setzte erst Mitte der sechziger Jahre in größerem Maßstab ein. Es waren vor allem türkische und jugoslawische Migranten, die als sogenannte Gastarbeiter nach Berlin kamen. Dabei kam eine vergleichsweise hohe Zahl von weiblichen Arbeitskräften, die von der Elektro- und Konsumgüterindustrie als einfache ungelernete Arbeitskräfte nachgefragt wurden.

Nach dem Anwerbestopp (1973) nahm die Zahl der Ausländer in Berlin weiter zu, da die Arbeiter nun ihre Ehepartner und Kinder nachholten. Anfang der achtziger Jahre war der Familiennachzug weitgehend abgeschlossen und es kamen jetzt überwiegend Flüchtlinge nach Berlin aus dem Iran, Vietnam, Polen und aus dem Libanon. Diese Flüchtlinge reisten oftmals im Familienverbund und beantragten Asyl. Bei erfolgreichem Asylantrag erhielten sie einen unbefristeten Aufenthaltstitel; mit Ausnahme von Libanesen und Palästinenser, denen ein asylrelevanter Fluchtgrund verweigert wurde und die daher als Flüchtlinge nur geduldet wurden.

In Ostberlin war der Migrantenanteil sehr gering. 1989 lag er bei gerade mal 1,6%. Hier kamen die Menschen als Vertragsarbeiter vorwiegend aus Mosambik, Vietnam, Polen und Angola.

In den neunziger Jahren ist aufgrund des Jugoslawienkonfliktes eine große Zahl von Bürgerkriegsflüchtlingen nach Berlin gekommen, darunter auch viele Kinder und Jugendliche. Die zahlenmäßig größte Gruppe kommt jedoch aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Es sind vorwiegend jüdische Flüchtlinge und russischsprachige Aussiedler, in großer Zahl Familien mit Kindern.¹¹

Die aktuelle Situation stellt sich nach Angaben des statistischen Landesamtes Berlin wie folgt dar:¹²

	31.12.1991	31.12.1994	31.12.1998
Ausländer insgesamt	355.356	419.202	437.936
Bevölkerungsanteil in %	10,3%	12,1%	13,0%
Türkei	137.592	138.959	135.159
Jugoslawien und Nachf.	42.174	73.050	66.526
Sowjetunion und Nachf.	10.239	19.589	27.184
Polen	26.600	27.627	27.934
Europäische Union	40.482	47.870	67.764

Integrationsproblematik

Hinter den Zahlen der Einwanderung verbergen sich spezifische Problemlagen und individuelle und kollektive Schicksale, die in der besonderen Form der Migration nach Deutschland begründet sind:

Ökonomische Integration

- Zuwanderung ist meist mit einer Entwertung von Qualifikation verbunden.
- Der soziale Status der Migranten war und ist daher sowohl in Ost-, als auch in Westberlin weit geringer als der der deutschen Bevölkerung.

Young People's Participation in Public Decision Making in Selected Countries Abroad „Mobile Youth Work“, Berlin, Germany

- Die Zuwanderer der sogenannten Gastarbeiter - Generation waren überwiegend als einfache teils als ungelernete Arbeiter in der Industrie beschäftigt. Die zweite Generation schaffte einen bescheidenen sozialen Aufstieg, hatte jedoch schon mit Beginn der achtziger Jahre mit steigender Arbeitslosigkeit zu kämpfen.
- Der Strukturwandel in der Berliner Industrie und damit die Zunahme von Arbeitslosigkeit hat sich seit der Wiedervereinigung extrem beschleunigt (s.o.). Dieser Prozeß trifft alle abhängig Beschäftigten, die Migranten allerdings in besonderer ausgeprägter Weise: die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Migranten Westberlins sank zwischen 1990 und 1997 um 26%, während die Gesamtzahl der ausländischen Einwohner um 20% angestiegen ist.

Die ökonomischen Integrationschancen haben sich in den neunziger Jahren extrem verschlechtert. Insbesondere Jugendliche sind von dieser Entwicklung betroffen, da der Berufseinstieg unter den Bedingungen von Arbeitsplatzabbau besonders schwer ist. In einigen Gebieten Berlins liegt die Arbeitslosigkeit bei jugendlichen Migranten bei über 50%.

Soziale und kulturelle Integration

Neben den sich verschlechternden ökonomischen Integrationschancen erleben die Migranten in ihren Alltagserfahrungen die verschiedensten Formen von Ausschluss und Diskriminierung. (Polizei, Behörden, Nachbarn usw.) Darüber hinaus lässt sich eine Zunahme von rassistischem Denken und Handeln in der einheimischen Bevölkerung feststellen.

Nicht zuletzt dadurch haben sich die Chancen der sozialen und kulturellen Integration in den letzten Jahren deutlich verschlechtert.

Als sichtbarer Ausdruck dieser Entwicklung mögen zwei Beispiele dienen:

- 1) Während man vor noch ein paar Jahren angenommen hat, dass sich das Sprachproblem spätestens mit der dritten Generation von Zuwanderern gelöst hat, muss heute festgestellt werden, dass die Fähigkeit sich in deutsch auszudrücken in der dritten Generation verschlechtert hat.
- 2) In Längsschnittuntersuchungen konnte belegt werden, dass gemeinsam verbrachte Freizeit außerhalb von Schule zwischen deutschen und nicht - deutschen Jugendlichen im Vergleich zu den achtziger Jahren deutlich abgenommen hat.

Diese Situation hat zur Bildung ethnischer Communities in Berlin geführt. Die ethnischen Communities basieren einerseits auf informellen Beziehungen, jedoch bilden zumeist Institutionen, Organisationen und wirtschaftliche Unternehmen speziell für die Zuwanderer, die für sie selbst eine große Bedeutung besitzen. In den ethnischen Communities werden den Mitgliedern Identität und Solidarität gesichert und sie haben die Möglichkeit in einem vertrauten Raum nach ihren Vorstellungen zu leben.

Integration von Jugendlichen aus Zuwandererfamilien

Für die Jugendlichen der zweiten und dritten Einwanderergeneration stellt sich die Problematik als noch komplexer dar. Während die Elterngeneration oft noch in der Gesellschaft des Herkunftslandes verwurzelt war, trifft das für diese Generationen nicht mehr zu. Allerdings steht diesem Vakuum auch keine Integration in die deutsche Gesellschaft gegenüber. Nicht zuletzt auch diese Situation führt zur Ausbildung einer Einwanderergesellschaft, deren Werte und Normen eine Mischung aus Herkunfts- und Aufnahmegesellschaft bilden und meist der konkreten Einwanderungserfahrung angepasst ist.

Sozialräumliche Polarisierung

Die in Berlin lebenden Einwanderer konzentrieren sich in den Innenstadtbezirken. Der Ausländeranteil in diesen Gebieten beträgt oft über 30%, wobei der Anteil der Jugendlichen häufig bei über 50% liegt. Verbunden mit den sich verschlechternden ökonomischen Rahmenbedingungen, insbesondere für die Jugendlichen mit Migrationshintergrund, verschärft sich die sozioökonomische Lage für diese Bevölkerungsgruppe immens. Dies zum einen, da die Arbeitslosigkeit in diesen Gebieten sehr hoch ist, und weiter ansteigt, das gilt insbesondere für die Jugendarbeitslosigkeit. Zum anderen findet in diesen Gebieten ein Prozess statt, der als selektive Entmischung bezeichnet wird, das heißt, dass ein Teil der Bevölkerung die Sozialräume verlässt und andere Bevölkerungsgruppen zuziehen. Im Fall der innerstädtischen Sozialräume sind es die ökonomisch bessergestellten, die die Gebiete verlassen, wogegen die Zuziehenden zu einem hohen Anteil keine Arbeit haben. Die Verarmungsprozesse in diesen Stadtteilen werden beschleunigt und der soziale Wandel von den Bewohnern als sozialer Verfall erlebt.

Konflikte im öffentlichen Raum

In den Sozialräumen Berlins die sehr deutlich von diesen Entwicklungen betroffen sind, zeichnet sich eine Tendenz ab, bei der die auftretenden Konflikte oftmals im öffentlichen Raum ausgetragen werden bzw. dort entstehen. Die Form der Konfliktaustragung nimmt dabei häufig aggressive Züge an. Sie können als konkurrierende und sich gegenseitig ausschließende Nutzungsansprüche an Ressourcen des öffentlichen Raumes interpretiert werden.

Neben der Perspektivlosigkeit, die aufgrund der gestiegenen Jugendarbeitslosigkeit bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund immer mehr um sich greift, spielt das „Mehr“ an verfügbarer Zeit, die „draußen“ verbracht wird, eine erhebliche Rolle.

Die Frustration, die aus verweigerte Anerkennung der deutschen Gesellschaft diesen Jugendlichen gegenüber entstanden ist, mag ein weiterer Grund dafür sein, dass insbesondere in den entsprechenden Sozialräumen die Konflikte gehäuft auftreten.

In diesen Sozialräumen können wir ein gestiegenes Konfliktpotential feststellen und damit einhergehend gestiegene Anforderungen an den öffentlichen Raum im allgemeinen.

Jugendarbeit die in diesen Sozialräumen erfolgreich sein will, kann nun weder Arbeitsplätze in größerem Umfang bereitstellen, noch allein durch Überzeugungsarbeit die Jugendlichen zu einem anderen Verhalten motivieren. Die in diesen Sozialräumen oftmals gescheiterten Konzepte der offenen Jugendarbeit sind dafür ein Beleg.

Jugendarbeit kann und muss Erfahrungsräume für Jugendliche eröffnen, in denen sie trotz ihrer schwierigen Lebenssituation neue Erfahrungen mit sich und anderen sammeln können, die ihnen unter Umständen auch in anderen Lebensbereichen hilfreich sein können. Mobile und sozialraumorientierte Jugendarbeit mit einem partizipativen Ansatz ist solch ein Modell. Die selbstorganisierten Nutzung von Räumen beispielsweise, setzt die Fähigkeit des Aushandeln von Nutzungsinteressen voraus. Menschen, die gelernt haben ihre Interessen zu verbalisieren geraten weniger in die Gefahr des gewalttätigen Austragens von Konflikten. Die auf Partizipation ausgerichtete Praxis der mobilen Jugendarbeit hat gerade auch für diese Sozialräume erfolgreich nachgewiesen, dass sie, nicht zuletzt bedingt auch durch ihr methodisches Handwerkszeug wie Streetwork, Gruppenarbeit, Einzelfallbegleitung und Gemeinwesenarbeit, in der Lage ist, konfliktvermindernd tätig zu sein.

IV. „Open youth work“ and the socially excluded.

Open Youth Work and Mobile Youth Work

Unter „**Offene Jugendarbeit**“ sind Angebote zu verstehen, die in Jugendfreizeitstätten neben den geschlossenen Angeboten für spezielle Neigungsgruppen geschaffen werden mit dem Ziel, den Jugendlichen eine sinnvolle Freizeitgestaltung zu ermöglichen. Verbunden werden dabei Entspannung und Unterhaltung mit individueller Beratung sowie allgemeiner politischer und kultureller Bildung.

Offene Jugendarbeit erreicht meist nur Jugendliche, die von sich aus in die Einrichtung kommen, sich zu einer Gruppe mit bestimmten Interessen – oft jugendkulturellen Trends oder Szenen folgend - zugehörig fühlen, innerhalb derer sie ein zum Teil sozial geprägtes Verhalten zeigen. Nicht selten kommt es vor, dass eine Jugendfreizeiteinrichtung mit offenem Bereich von einer solchen Gruppe dominiert wird.

Nimmt man das von Roger Hart 1992 in den USA und von Wolfgang Gernert 1993 in Deutschland entwickelte Stufenmodell der Beteiligung zur Grundlage (siehe Abbildung), dann halten sich die Möglichkeiten von Partizipation der Jugendlichen in der offenen Arbeit in Einrichtungen bislang in Grenzen und bewegen sich zwischen den Feldern Teilhabe und Mitwirkung, in seltenen Fällen auch bis zur Mitbestimmung.

Stufen der Beteiligung

SELBSTVERWALTUNG	Völlige Entscheidungsfreiheit und Eigenverantwortlichkeit
SELBSTBESTIMMUNG	Eigeninitiative, die von außen unterstützt wird
MITBESTIMMUNG	Idee kommt von außen, aber Beteiligungsrecht an allen Entscheidungen
MITWIRKUNG	Indirekte Einflußnahme durch Meinungsäußerung, aber kein Entscheidungsrecht
ZUGEWIESEN, INFORMIERT	Teilnahme an einem von außen vorbereiteten Projekt, über dessen Inhalt und Ziele man genau informiert ist
TEILHABE	Über die Teilnahme hinaus bietet sich eine mögliche sporadische Beteiligung
ALIBI – TEILNAHME	Teilnahme mit einem scheinbaren Mitspracherecht
DEKORATION	Mitwirkung ohne genau zu wissen, worum es geht
FERMDBESTIMMUNG	Keine Kenntnis der Ziele, Aktion wird nicht verstanden
nach R. Hart (1992) und W. Gernert (1993)	

In den meisten Einrichtungen mit offener Jugendarbeit gelten strikte Regeln, die den Jugendlichen nicht als notwendiger Handlungs – und Kommunikationsrahmen sondern eher als ein Katalog vielfältigster Verbote nahe gebracht werden.

Young People's Participation in Public Decision Making in Selected Countries Abroad „Mobile Youth Work“, Berlin, Germany

Die Folge ist, dass sich immer mehr Jugendliche außerhalb der Einrichtungen aufhalten und den öffentlichen Raum für sich (wieder)entdecken. Sich selbst überlassen, werden sie zu auffälligen Gruppen, deren öffentliches Bild sie nicht selten gleich als gewaltbereit und alkoholisiert stigmatisiert und daher ausgrenzt.

Das Projekt „OUTREACH“ beim Verband für sozial – kulturelle Arbeit besteht seit 1992 und wendet sich seitdem an diese Jugendlichen. In den ersten Jahren wurde über den Ansatz der „**Hinausreichenden Jugendarbeit**“ mit einem hohen Anteil an Streetwork versucht durch geeignete, meist niedrighschwellige Angebote, den Jugendlichen Freizeitmöglichkeiten im offenen Raum zu erschließen oder sie wieder in Einrichtungen zu etablieren. Dabei rückten die Interessen der Jugendlichen immer stärker in den Mittelpunkt und Partizipation wurde zu einem ernsthaften Anliegen. Entgegen defizitärer Ansätze ging es nicht darum, die Jugendlichen von der Straße und damit aus dem öffentlichen Bild zu holen, sondern im Gegenteil sie unter Ausnutzung örtlicher Ressourcen in ihrem sozialen Umfeld zu integrieren. Pädagogische Zielstellung ist es, der Stigmatisierung und Ausgrenzung von Jugendlichen durch die Mobilisierung von Selbsthilfepotentialen innerhalb verschiedener Partizipationsstufen entgegen zu wirken und sie so zu befähigen, ihre Interessen und Rechte zu artikulieren und einzufordern.

Um diesem Anliegen noch besser gerecht werden zu können und zur Sicherung einer höheren Qualität der Arbeit, wird seit 1996 im Projekt „OUTREACH“ nach dem Ansatz der „**Mobilen Jugendarbeit**“ mit einer eindeutigen Sozialraumorientierung gearbeitet. Neben Streetwork, Gruppenarbeit und Einzelfallbegleitung gehört zunehmend die Gemeinwesenarbeit zum zentralen Methodenrepertoire. Bei der praktischen Arbeit vor Ort – OUTREACH gibt es in 9 Berliner Bezirken – hat sich gezeigt, dass der Ansatz der Mobilen Jugendarbeit mit den oben genannten pädagogischen Zielstellungen nicht nur die Gewährleistung eines hohen Grades an Partizipation von Jugendlichen verlangt, sondern auch die besten Voraussetzungen dafür bietet.

So wurde zum Beispiel im Bezirk **Pankow** mit einer Gruppe Jugendlicher im Alter von 15 bis 18 Jahren ein verwahrloster Fußballplatz zu einem attraktiven öffentlichen Platz für den Kiez umgestaltet. Aufenthaltsort dieser Jugendlichen war der Innenhof eines Wohngebietes, wo es ständig zu Konflikten mit den Anwohnern kam. Durch kontinuierliche Streetworkarbeit und Freizeitangebote wurde das notwendige Vertrauen hergestellt. In gemeinsamer Planung (Planning For Real) entwickelten dann die Jugendlichen ein real umsetzbares Modell des Platzes, welches dem zuständigen Amt vorgelegt wurde. Parallel dazu konnten in zielgerichteter Gemeinwesenarbeit Verbündete wie das Jugendamt, die Wohnungsgesellschaft, der Mieterverein, Eltern und Anwohner bis hin zu kleineren Handwerksbetrieben gewonnen werden.

Aus diesem Projekt heraus hat sich nach drei Jahren ein gemeinnütziger Verein gegründet, in dem Jugendliche sich gemeinsam mit Kommunalpolitikern, Anwohnern und Eltern um Probleme ihres Kiezes kümmern und sich so gesellschaftlich engagieren.

Models of Participation in the Mobil Youth Work

Wie in Pankow haben sich bei der Profilierung des Ansatzes der Mobilen Jugendarbeit immer mehr „Modelle“ entwickelt, die die Partizipation von Jugendlichen als zentrales Anliegen

Young People's Participation in Public Decision Making in Selected Countries Abroad „Mobile Youth Work“, Berlin, Germany

verstehen. Die für eine effektive Arbeit notwendige Vernetzung im Rahmen der Gemeinwesenarbeit und die Orientierung auf einen überschaubaren Sozialraum bieten sehr gute Voraussetzungen, um Jugendliche über Partizipationsmodelle in ihrem sozialen Umfeld zu integrieren.

Grundlage des sozialpädagogischen Handelns ist die Überzeugung, dass Jugendliche sich nur dann zu „eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten“ (KJHG §1) entwickeln können, wenn sie in der Lage sind, ihr ureigensten Probleme nicht nur selbst zu erkennen, sondern eigenständig Lösungen herbei führen, wenn sie in ihrem sozialen Umfeld nicht nur anerkannt sind, sondern auch eine Stimme haben und wenn es gelingt, sie neben jugendrelevanten auch an gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen zu interessieren und zu beteiligen.

Die im Projekt „OUTREACH – Mobile Jugendarbeit“ praktizierten Ansätze von Selbstorganisation und Selbstverwaltung gehen zwar von dieser einheitlichen Grundüberzeugung aus, weisen aber in ihrer Durchführung auch Unterschiede begründet durch lokale und kulturelle Bedingungen, sowie durch verschiedene Sichtweisen der begleitenden JugendsozialarbeiterInnen auf.

Vor dem Hintergrund einer vor allem durch die Medien geprägten Konsumhaltung und einer damit begründeten Verschiebung gesellschaftlicher Normen und Werte sowie zunehmender Perspektivlosigkeit und Politikverdrossenheit fällt es schwer, in der Jugendsozialarbeit Alternativen anzubieten, die insbesondere ausgegrenzten Jugendlichen die Möglichkeit bieten, sich auf ihre (wahren) Stärken zu besinnen, Zustände kritisch zu hinterfragen sowie sich gesellschaftlich und politisch zu engagieren.

Zudem verstehen sich viele Sozialarbeiter noch immer als der Helfer in allen Lebenslagen, der für seinen Schützling unabdingbar ist. Dieses Unmündig - Machen des Jugendlichen wird gestützt durch zentrale Förderkriterien, die sich eher an abrechenbare quantitative Prioritäten denn an qualitativen Entwicklungen orientieren, die der Sozialarbeit wenig Vertrauen und Raum zum Experiment entgegen bringen und den Pädagogen somit unter Druck setzen, genau die Rolle einzunehmen, die von ihm verlangt wird.

„Wenn Jugendarbeit nicht die Konsumenten-, Zu-Versorgenden- oder Unmündigenrolle bei Jugendlichen ansprechen will, sondern ihre Selbstorganisationspotentiale, darf sie sich auch nicht als Konsum-, Versorgungs- und Entmündigungsangebot präsentieren.“¹³

Seit 1998 gibt es im Ortsteil **Treptow - Altglienicke** im Süden Berlins den OUTREACH – Jugendcontainer, ein Selbstorganisationsprojekt, bei dem die Jugendlichen von Anbeginn selbstbestimmend ihre Freizeit gestalten konnten. Im Gegensatz zur konventionellen Arbeit in Jugendeinrichtungen, selbst mit teilweise offenem Charakter, wurde den Jugendlichen im Container Verantwortung sowohl für die inhaltliche als auch für die organisatorische Arbeit übertragen. Der begleitende Jugendsozialarbeiter übernahm mehr und mehr die Rolle eines Managers im Sinne der Schaffung entsprechender Bedingungen für die Selbstorganisation. Dazu gehörte, den Ansatz in den Ämtern, bei den kommunalen Jugendpolitikern, in Arbeitsgruppen, die sich mit Jugendproblemen beschäftigen sowie bei Eltern und Anwohnern zu vertreten.

Young People's Participation in Public Decision Making in Selected Countries Abroad „Mobile Youth Work“, Berlin, Germany

Dem Projekt lag die Erkenntnis zugrunde, dass sich Jugendliche unabhängig pädagogischer Einflüsse selbstbestimmt organisieren, sei es in der Clique, in der Partygemeinschaft für ein Wochenende oder in bestimmten Interessengruppen. Öffentlich sichtbar sind allerdings meist nur die Selbstorganisationsformen mit negativen Auswirkungen, welche schnell zur Stigmatisierung und damit zur Ausgrenzung von Jugend führen. Notwendig war und ist es eine Form zu finden, die Jugend positiv darstellt, und das nicht ausschließlich als integrationswilliger sondern als eigenständiger, mit spezifischen Interessen, Stärken und Schwächen zu akzeptierender Teil der Gesellschaft.

Diese Möglichkeit bot sich den Jugendlichen im Jugendcontainer, doch im Gegensatz zu ähnlich gelagerten Projekten, bei denen häufig die Gruppe der Jugendlichen unter sich bleibt, waren die Jugendlichen hier von Anfang an mit der Tatsache konfrontiert, dass es eine öffentliche Einrichtung werden sollte, die auch anderen Jugendlichen aus dem Kiez nicht nur Möglichkeiten der Freizeitgestaltung sondern auch der Beteiligung bietet.

Die Darstellung jeder einzelnen Entwicklungsstufe des Projektes läßt der begrenzte Rahmen dieses Beitrages nicht zu. Nach drei Jahren ist festzustellen, dass der Prozeß der Partizipation über ein von Jugendlichen bestimmtes Freizeitprojekt von den Beteiligten selbst nachvollzogen werden konnte. Innerhalb des sozialraum- und gemeinwesenorientierten Arbeitsansatzes wurden sie animiert, ihre Interessen öffentlich zu artikulieren, für deren Umsetzung etwas zu tun, aber sie auch im Kontext anderer Interessen zu verstehen.

Der Rahmen der Selbstorganisation bietet für Jugendliche die Möglichkeit,

1. sich auszuprobieren, Talente zu entdecken und zu entwickeln,
2. Demokratie und Macht zu erleben und auszuleben,
3. Konflikte zu ertragen und auszutragen – dies gewaltfrei und immer im Interesse einer gemeinsamen Sache,
4. die Erkenntnis zu haben, dass es lohnt, sich für etwas einzusetzen und das Gefühl der Anerkennung von anderen Jugendlichen, aber auch von der Öffentlichkeit zu erfahren,
5. über den eigenen Horizont zu sehen, und wenn es auch erst mal „nur“ bis in den Kiez ist.

Das Engagement im Jugendcontainer brachte den Jugendlichen nicht nur Spaß und oft auch Stress ein, sondern trug auf eine nicht pädagogisierende Art und Weise zur ihrer Selbstfindung und Persönlichkeitsentwicklung bei. Angesichts der zunehmenden Vereinzelung und Gefühlsabstumpfung in der heutigen Konsum- und Ellenbogengesellschaft – und Jugendliche reflektieren diese noch ungehemmter als die Erwachsenen – sind die in einem solchen Projekt, welches den Einzelnen im Interesse einer gemeinsamen Sache fördert und fordert, gemachten Erfahrungen für die Entwicklung junger Menschen von nicht unwesentlicher Bedeutung.

Im Projekt „OUTREACH“ gibt es weitere Projekte mit einem hohen Grad an Partizipation von Jugendlichen.

Im Ortsteil **Marzahn - Nord** wird die Einrichtung „Das Blockhaus“ von ca. 15 Jugendlichen selbst verwaltet und organisiert. Die Gruppe hat einen Nutzungsvertrag mit dem zuständigen Jugendamt abgeschlossen. Sämtliche Belange, wie z.B. Reparaturen, Instandhaltung und Umfeldgestaltung werden von den Jugendlichen weitestgehend selbst geregelt. Dafür notwendige Kontakte zu den entsprechenden Ämtern nehmen sie alleine auf.

Young People's Participation in Public Decision Making in Selected Countries Abroad „Mobile Youth Work“, Berlin, Germany

Neben regelmäßigen Vollversammlungen, auf denen über alle Probleme und Ideen diskutiert wird, werden selbständig Parties, Ferienfahrten und gemeinsame Aktionen mit einem Aussiedlerprojekt, welches Jugendliche aus den ehemaligen GUS – Staaten betreut, organisiert. Die OUTREACH – MitarbeiterInnen begleiten das Projekt, indem sie eine Betreuung bei individuellen Problemen anbieten, zwischen Anwohnern und Jugendlichen vermitteln, Seminare zum Thema „Selbstverwaltung“ durchführen und die Integration anderer Gruppen aus dem Sozialraum initiieren. So ist es gelungen zwei ehemals rivalisierende Gruppen in diesem Projekt zu vereinen. Inzwischen gibt es seitens der Jugendlichen Überlegungen zu einer weiteren Verselbständigung des Projektes in Form einer Vereinsgründung.

Ein weiteres Projekt befindet sich im Ortsteil **Steglitz** im Aufbau. Dort hat das Projekt OUTREACH in enger Kooperation mit einem Nachbarschaftsheim einen ehemaligen Luftschutzbunker, der sich auf Universitätsgelände befindet, übernommen. Gefördert von der Jugend – und Familienstiftung sowie mit Hilfe einer Finanzierung aus Lotteriemitteln wurde mit Jugendlichen der „Bunker“ ausgebaut, renoviert und so als Freizeiteinrichtung mit vielfältigsten Möglichkeiten gestaltet. Formen der Selbstorganisation befinden sich hier am Anfang. Als problematisch erweisen sich die Gruppenzusammenhänge, in denen sich die Jugendlichen bewegen. Vor sehr unterschiedlichem kulturellen und auch ethnischen Hintergrund wird es hier schwieriger als in Marzahn werden, die Gruppen zusammen zu bringen. Zudem erweist sich das Übertragen von Verantwortung aufgrund eines von den Jugendlichen nicht nur übernommenen sondern seit der Kindheit gelebten Konsumverständnis der Gesellschaft als ein komplizierter Lernprozess.

Zum Schluß sei noch ein Selbstverwaltungsprojekt erwähnt, welches von OUTREACH – SozialarbeiterInnen pädagogisch begleitet wird. In **Treptow – Altglienicke** haben sich ca. 20 Jugendliche im Alter von 16 bis 25 Jahren 1996 zu einer Interessengemeinschaft zusammen gefunden und eine alte Feuerwache zu einer kulturellen Begegnungsstätte ausgebaut. Ohne jegliche öffentliche Finanzierung, völlig auf sich gestellt, sind sie dieses Projekt angegangen. Immer wieder haben sie gegenüber Politikern ihren Willen bekundet, ihre Interessen vertreten und ihre Rechte eingefordert. So kam es sowohl zur materiellen wie auch ideellen Unterstützung, der Bürgermeister von Treptow setzte sich für das Projekt ein und ein Mitglied des Bundestages aus Treptow übernahm eine Patenschaft. Die Jugendlichen gestaltet das Projekt offen für den Kiez, veranstalteten Straßenfeste, Ausstellungen und politische Foren, und sie schulten sich mit Unterstützung der OUTREACH – MitarbeiterInnen in einer Multiplikatoren Ausbildung zu jugendrelevanten Themen.

Da sich die Gruppe mit ihrem Projekt auch jugendpolitisch sehr engagiert hat, wurden in diesem Jahr auf Anfrage aus den Reihen der politischen Parteien drei der Jugendlichen als beratende Mitglieder in den Jugendhilfeausschuß des Bezirkes, das verantwortliche Gremium für jugendpolitische Entscheidungen, gewählt.

Dieses Beispiel zeigt, daß es möglich ist, Jugendliche, die sich innerhalb von Selbstorganisation – und Selbstverwaltungsprojekten verwirklichen können, auch in jugendpolitisch relevante Gremien zu integrieren, und nicht, weil sie in parteipolitischen Strukturen verhaftet sind, sondern weil sie es gelernt haben, ihre Interessen und Rechte als selbständige Personen wahrzunehmen und einzufordern.

Cognitions and Perspectives

Identifizierung mit dem Projekt von Anfang an

Provisorien wie das Marzahner Blockhaus oder der Jugendcontainer in Treptow, in denen sich Kreativität und Engagement besser entfalten können, ermöglichen eine für das Initiieren von Selbstorganisationsprozessen notwendige Identifizierung der Jugendlichen von Anfang an. Wogegen bei einer von öffentlicher Hand übergebenen und geführten Einrichtung eher die ohnehin schon sehr ausgeprägte Konsumhaltung verstärkt und eine von den Pädagogen beabsichtigte Identifizierung meist als eines der ersten pädagogischen Ziele formuliert werden muß.

Pädagogische Konzeptionen sollten nicht vorgegeben, sondern im Laufe der Zeit entsprechend der Anforderungen aus dem Verhalten der Jugendlichen – also auch durch sie selbst – entwickelt werden. Damit wird ganz unmittelbar an die Wahrnehmung der Umwelt durch die Jugendlichen und somit auch ihrer eigenen Persönlichkeiten angeknüpft, was eine kritisch reflektierte Entwicklung der Jugendlichen ohne Stigmatisierung und Ausgrenzung ermöglicht. Insofern folgt der Ansatz der Selbstorganisation natürlich pädagogischen Zielstellungen, wichtig für ein solches Projekt ist nach unseren Erfahrungen, dass diese aber nicht ausschließlich und vordergründig auf der Ebene der Sozialarbeit oder als politischer Wille, was für Jugendliche oft schwer nachvollziehbar ist, fest geschrieben, sondern durch die Jugendlichen selbst entwickelt werden sollten. Dann sind die besten Voraussetzungen gegeben, Partizipation im Sinne von Mitbestimmung der Jugendliche zu ermöglichen und die Beteiligung von Jugendlichen nicht als Alibihülle für pädagogische Vorstellungen oder als Experimentierfeld der Sozialpädagogik zu missbrauchen.

Der Prozess der Identifizierung verläuft leichter, wenn die in der Einrichtung geltenden Regeln von den Jugendlichen selbst und in Auseinandersetzung mit ihnen erstellt und als allgemeingültiger sozialer Verhaltenskodex empfunden werden.

Engagement und nicht Altersbegrenzung ist wichtig.

Nicht jede Gruppe ist von vornherein für ein Selbstorganisationsprojekt geeignet. Bevor zu Fragen der Selbstbestimmung und Eigenverantwortung übergegangen werden kann, muß oft erst ein Maß an sozialer Kompetenz, welche bei einzelnen durch die persönliche Erfahrungswelt schon vorhanden sein kann, als Gruppenverständnis entwickelt werden. Dabei spielen die Zugehörigkeit zu bestimmten Jugend – oder Subkulturen sowie eine Altersbegrenzung eine untergeordnete Rolle. Als sehr sinnvoll hat sich eine gute Mischung erwiesen.

Öffentlichkeit ist notwendig zur Auseinandersetzung.

Jugendliche lernen eindringlicher, ihre eigenen Angelegenheiten und auch Rechte zu artikulieren und sich dafür einzusetzen, wenn dies zum einen an gesellschaftlichen Reibflächen passiert oder sie zum anderen für ihr Tun Anerkennung von außen erfahren.

Die durch die Sozialraumorientierung angestrebte Auseinandersetzung mit äußeren Einflüssen, ob nun durch andere Jugendgruppen, Anwohner oder die Polizei, hat gezeigt, dass Jugendliche in diesem Prozess befähigt werden, für ihr Tun Verantwortung zu übernehmen und dadurch auch zunehmend an Akzeptanz gewinnen.

Begleitung durch einen Jugendsozialarbeiter wird von den Jugendlichen eingefordert.

Selbstorganisation bedarf der Begleitung durch einen Jugendarbeiter, um einerseits gute äußere Entwicklungsbedingungen zu schaffen, und zum anderen als Moderator bei Konflikten zur Stelle zu sein, motivierend einzugreifen und die Jugendlichen, gerade bei einem öffentlichen Projekt, vor Überforderung zu schützen. In diesem Sinne wird sie von den Jugendlichen auch eingefordert.

Wichtig ist ein eindeutiges Selbstverständnis des Jugendsozialarbeiters zu seiner Rolle im Prozess der Selbstorganisation, welche sich eher im Rahmen eines Sozialmanagements definieren läßt.

Selbstorganisations – und Selbstverwaltungsprojekte von Jugendlichen vermitteln dem Jugendsozialarbeiter eine anderes, den konventionellen Vorurteilen entgegengesetztes, Jugendbild sowie die Sicht auf neue Möglichkeiten, jugendpolitisch wirksam zu arbeiten.

Entwicklung von Demokratieverständnis und politischer Verantwortung

Selbstorganisation erfordert nicht nur ein gewisses Maß an sozialem Verhalten, sondern setzt bei den Jugendlichen ebenso soziale Kompetenz frei und animiert zu demokratischen Verhaltensweisen.

Das Demokratieverständnis der Jugendlichen orientiert sich weniger an parteipolitischen Machtstrukturen als vielmehr an basisdemokratischen Zusammenhängen

Durch die Förderung des Selbsthilfepotentials und von Eigeninitiativen der Jugendlichen, entwickeln diese selbständig eigene Strukturen, innerhalb derer Auseinandersetzung und Mitbestimmung praktiziert werden. Je nach Entwicklungsstand dieser Strukturen werden die Jugendliche in die Lage versetzt, über ihren eigenen Horizont hinaus im Interesse des Gemeinwesens zu handeln und Akzente zu setzen; dieses Handeln kann Formen politischen Verantwortungsbewusstseins annehmen – natürlich außerhalb von Parteihierarchien.

In dieser Konsequenz ermöglicht ein solches Projekt dann auch die Integration ausgegrenzter Jugendlicher, nicht zuletzt von rechtsorientierten Jugendlichen, die nicht politisch organisiert sind und sich eher am Rande der rechten Szene bewegen, wenn es gelingt, über pädagogische Arbeit eine Identifizierung mit den durch die schon beteiligten Jugendlichen formulierten Interessen, Inhalte und Ziele des Projektes zu erreichen.

Alle im Projekt „OUTREACH“ praktizierten Ansätze von Selbstorganisation und Selbstverwaltung sind darauf ausgerichtet, jungen Menschen die Möglichkeit zu bieten, sich entsprechend ihrer Interessen und Fähigkeiten zu engagieren sowie soziales Verhalten und Verantwortungsbewußtsein zu entwickeln mit dem Ziel, die Umwelt kritisch zu reflektieren und sich als eigenständige und selbstbestimmende Mitglieder in die Gesellschaft einzubringen.

WORDS : 7.049

Literaturangaben :

- ¹ vgl. Münder, Johannes u.a.: Frankfurter Lehr- und Praxiskommentar zum KJHG, Münster 1993 S.24ff
- ² vgl. Statistisches Landesamt Berlin 2000
- ³ vgl. Häußermann/Kapphan: Berlin: von der geteilten zur gespaltenen Stadt?, Opladen 2000, S.105
- ⁴ Bundesministerium für Familie, Senioren und Jugend: Zehnter Kinder- und Jugendbericht, Bonn 1998
- ⁵ UN-Ausschuß für die Rechte des Kindes (1995): Concluding Observations. In: National Coalition (Hrsg.) (1996) Ergebnisse des ersten Dialoges zwischen dem UN-Ausschuß für die Rechte des Kindes und der Bundesregierung über den Erstbericht zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention. Bonn, S.110-113
- ⁶ Neumann, Ulf: Hoffentlich nicht nur Pillepalle. In: Managementmethoden in der modernen Jugendarbeit, Marburg 2000, S.26 ff
- ⁷ Alphons Silbermann, Francis Hüser, Der „normale“ Hass auf die Fremden, München 1995, S. 42
- ⁸ Vgl. W. Heitmeyer, Die Gesellschaft löst sich auf, in: Die Zeit, 16.10.92, in Martin und Sylvia Greiffenhagen, Ein schwieriges Vaterland – Zur politischen Kultur im vereinigten Vaterland, München 1993, S. 142 ff
- ⁹ Vgl. Martin Althoff, Die soziale Konstruktion von Fremdenfeindlichkeit, Opladen, Wiesbaden 1998, S. 11 ff
- ¹⁰ Vgl. A. Curth: Artikel in „Gewalt unter Jugendlichen, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“, Friedrich – Ebert – Stiftung, Erfurt 1995
- ¹¹ Kapphan, Andreas: Jugendliche Zuwanderer in Berlin – zwischen Ausgrenzung und Integration
- ¹² vgl. Statistisches Landesamt Berlin 2000
- ¹³ Diethelm Damm, Deutsche Jugend, 11/99 in „Bedingungen jugendlicher Selbstorganisation“